

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einmalige Bestellungen, Einzelnummern 10 Pf. Alle Postgebühren, Postämter und Reichspostämter sind zu zahlen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wagelnummer: die 3-spaltige Nummer 20 Pf., die 4-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2-spaltige Reklamewerke im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Wagselnummer: die 3-spaltige Nummer 20 Pf., die 4-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 2-spaltige Reklamewerke im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 133 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Antoblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Donnerstag, den 9. Juni 1932

Die „Fuchspredigt“.

Wenn Goethes Faust in der Lage wäre, Herrlots Regierungserklärung vor der neugewählten französischen Deputiertenkammer gründlich zu studieren, dann würde er wieder achselzuckend gestehen:

„Da steh' ich nun, ich armer Tor,
Und bin so klug als wie zuvor!“

Und diese Klugheit dürfte durch eine Kenntnisaufnahme der kurzen Debatte kaum gesteigert werden, die sich an jene Erklärung angeschlossen hat. Die Frage: Was will denn nun eigentlich der neue Ministerpräsident? stellen, heißt schon, sie nicht beantworten zu können. Eher läßt sich die andere Frage beantworten: Was will Herrlot nicht? Er will die bisherigen „Grundprinzipien“ der französischen Außenpolitik im allgemeinen und der französischen Reparationspolitik im besonderen nicht aufgeben. In der Abrüstungsfrage — nun, „da weicht er seinen Fingern breit vom Vordermann ab“, um ein bekanntes Sprüchlein zu zitieren, das der Melodie „Ab immer Treu und Redlichkeit“ untergelegt wurde.

Gewiß ist Herrlots Erklärung und Regierungsprogramm „treu“ der französischen Tradition, aber durchaus nicht „redlich“ gegenüber Deutschland. Schon im Äußersten nicht. Denn er übergeht namentlich die Forderungen über seine Reparationspolitik mit einer „Moral-Soße“, die uns Deutschen dieses ganze Gericht noch ungenießbarer macht. Er spricht nicht nur von den Rechten Frankreichs aus den Verträgen und Abmachungen, sondern setzt auch gleich noch die Bezeichnung „geheilig“ zu jenen Rechten hinzu. Allerdings gibt es wohl sonst kaum noch einen Großstaat, der dieser „Heiligsprechung“ zustimmt, und dann kommt gleich ein zweiter Vöfel „Moral-Soße“: Herrlot vertritt mit dem Heilhalten an jenen „geheiligten Rechten“ nicht etwa egoistische Vorrechte Frankreichs, sondern — unübersehbare Interessen. Was also Frankreich fordert und tut, ist immer dem gleichgültigen, was der ganzen Welt nützt, und was an jenen Forderungen, jenen geheiligten Rechten Frankreichs rührt, der erhebt die Faust, verübt ein Attentat gegen die Welt, gegen die Menschheit. Diese Moralpredigt Herrlots ist aber nicht etwa ein Theaterstück, sondern sie kommt zweifellos aus seinem innersten Herzen, und ist allgemein französische Überzeugung. Genau so wie in jedem edlen Engländer der unerschütterliche Glaube vorherrscht, England sei „Lords owa country“, das Gottesland, und seine Bewohner ein von Gott „ausgewähltes“ Volk. Man muß als Deutscher fast gestehen, daß uns der robuste, brutale offene Eardieu fast lieber sein könnte als der „moralisierende“ Herrlot.

Gewiß will er — und das sagt er auch ausdrücklich — weder in der Abrüstungs- noch in der Reparationsfrage weiteren Verhandlungsmöglichkeiten die Tür vor der Nase zuseuern. Gewiß ist er namentlich bei den deutschen Tributverpflichtungen zu bestimmten Zugeständnissen bereit. „Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“, — aber er setzt sofort wieder die „Moral“ in Unkosten und spricht von „Opfern“. Er betrachtet es als „Opfer“ Frankreichs, wenn es von vornherein nicht ablehnt, „jeden Plan zu erörtern oder jede Anregung zu geben, die der Gegenwart eine größere Stetigkeit oder ehrliche, innerhalb des Friedens erreichbare Veröhnungsmöglichkeiten schaffen könnten“. Aber selbstverständlich ist die Welt dabei „moralisch“ verpflichtet, immer mit französischen Augen zu sehen — ginge sie darob auch zugrunde!

Herrlot spricht nicht von Deutschland, aber alles, was er außen- und namentlich rüstungspolitisch sagt, ist an die Adresse Deutschlands gerichtet. Auf uns schließt die Regierungserklärung, wenn Herrlot in breiteren Ausführungen von der Notwendigkeit einer „moralischen Abrüstung“ spricht. Und ganz unzweifelhaft, geradezu beabsichtigt wird dieses Schielen nach Deutschland hinüber, wenn Herrlot betont, er erstrebe die Sicherheit nicht nur für Frankreich allein, sondern „für alle großen und kleinen Nationen, die in unseren Augen gleiche Anspruchsrechte besitzen“. Damit einfach schon deutet dem vorgebeugt werden soll, daß Deutschland nach dem vorausgesetzlichen Scheitern der Abrüstungskonferenz nun etwa sein Anspruchsrecht auf die gleiche militärisch geschützte Sicherheit geltend macht, das den anderen Nationen, großen und kleinen, zusteht. Für Frankreich nimmt ja Herrlot als ganz besonderes Recht das des Mißtrauens gegenüber Deutschland in Anspruch, ohne den Widerspruch zu bemerken, der in seinen Predigtworten liegt, die Welt solle doch endlich einmal „Vertrauen haben“. Und das bittere Wort einer „Fuchspredigt“ drängt sich über die Lippen eines jeden Deutschen, der sich an die unablässigen Bemühungen unfererseits erinnert, den Panzer jenes französischen „Mißtrauens“ zu sprengen. Aber der scheint aus Eisenbeton zu sein und „Verhandlungen“ an ihm abprallen wie harmlose Gesteinssplinter an Panzergewölbe einer Festung. Und dort drinnen stehen ja noch Probiert und „Munition“ reichlich zur Verfügung.

■ Fördert die Ortspresse ■

Schlußangriff auf die Reparationen.

Wo nichts ist ...

Ausblick auf Lausanne.

Auf der Lausanner Konferenz werden zwei „neue“ Männer als Vertreter ihrer Staaten erscheinen: Reichsaussenminister v. Neurath und der französische Ministerpräsident Herrlot. Beide werden aber kaum neue Programme mitbringen. Was Herrlot anbelangt, so geht aus seiner Regierungserklärung hervor, daß er unentwegt auf dem Standpunkt seiner Vorgänger steht und an Versailles festhält, was man französisch so schön die „Achtung vor den Verträgen“ nennt, ebenso wie in der Abrüstungsfrage an der „Sicherheit Frankreichs“. Der Reichsaussenminister wird vor seiner Abreise aus London nach Berlin mit Macdonald zusammenkommen, und mit ihm seine Ansicht über die Konferenz von Lausanne austauschen. Macdonald wird dann Gelegenheit haben, vorbereitend bereits Herrlot, mit dem er am Sonntag in Paris zusammentrifft, über den deutschen Standpunkt zu unterrichten. Daß Deutschland nicht mehr zahlen wird, weil es nicht mehr zahlen kann, darauf dürfte Frankreich genügend vorbereitet sein, und in dieser Richtung wird es wohl seinen Widerstand auch nicht aufrechterhalten können, denn, wo nichts ist ...! Aber deswegen hat Frankreich noch nicht, wie der Kaiser im Sprichwort, sein Recht verloren, und um dieses vermeintliche Recht wird es in Lausanne geben. Deutschland kann die Reparationsschulden, außer daß sie nicht gezahlt werden, auch nicht anerkennen. Es muß nicht nur die Zahlungen, sondern auch die Zahlungsverpflichtungen ablehnen. Wenn Frankreich erklärt, daß Abänderungen an den Reparationsleistungen nur durch gegenseitiges Abkommen und nicht durch einseitige Erklärungen erreicht werden können, so ist darauf zu erwidern, daß in Versailles auch kein „Vertrag“, sondern ein einseitiges „Diktat“ vorgenommen wurde, und daß, wenn Deutschland ein Abkommen über die Reparationslösung anstrebt, es damit nicht eine „vertragliche“ Bindung, die nur wieder durch Vertrag gelöst werden kann, anerkennt.

Die einseitige Erklärung Deutschlands, Schabenerstag, der nicht auf Vertrag beruht, weil über das notwendige Maß hinaus und ohne rechtlichen Grund bereits gezahlt zu haben und weitere Zahlungen nicht nur nicht mehr zahlen zu können, sondern auch nicht mehr zahlen zu wollen, das wird der springende Punkt werden, um den sich die Lausanner Verhandlungen drehen werden. Ob es gelingen wird, Frankreich zur Anerkennung dieses deutschen Standpunktes bereits in Lausanne zu bringen, darf bezweifelt werden. Dazu dürfte es erst durch die stets weiter anwachsende Krise im eigenen Land und seine eigene steigende Hilfsbedürftigkeit gebracht werden. Auf der sich an Lausanne anschließenden Weltkonferenz wird für die Frage der Reparationslösung die Stellungnahme Mexikos ausschlaggebend werden, das man jetzt nach London geholt hat, mit dem schweigenden beschämenden Einverständnis, daß Europa nicht in der Lage ist, allein seine Angelegenheiten in Ordnung zu bringen.

Die deutsche Abordnung für Lausanne wird am Dienstagabend nach Lausanne abreisen. Ob der Reichskanzler von Papen bereits zu Beginn der Konferenz in Lausanne anwesend sein wird, oder ob er erst zu einem späteren Zeitpunkt nach Lausanne fährt, ist noch nicht entschieden.

Politische Kreise in London rechnen damit, daß die Konferenz etwa 14 Tage dauern werde und daß ihre Aufgabe sich zumindestens darauf erstrecken werde, eine zeitweilige Lösung der Tributfrage zu finden.

Der Arbeitsplan der Reichsregierung

Die neue Reichsregierung hat nun die Öffentlichkeit wissen lassen, in welcher Weise sie ihre Arbeiten durchzuführen gedenkt. Es sind drei Abschnitte vorgezeichnet. Die Regierung legt dabei besonderen Wert darauf, ihre eigenen Wiederaufbaupläne streng von den Maßnahmen zu unterscheiden, die sie als Aufräumungsarbeit der Währungsreform betrachtet. Diese Aufräumung soll der erste Abschnitt sein und zunächst erledigt werden. Da bei handelt es sich vor allem darum, den Fehlbetrag im Reichshaushalt auszugleichen und die Gelder für die Weiterführung der Staatsgeschäfte sicherzustellen. Diesen Notverordnungen soll der zweite Arbeitsabschnitt folgen, der Wiederaufbauplan. Als letzten Abschnitt hat man die Bearbeitung der politischen Not-

England und Lausanne.

Macdonalds und Simons Wochenendbesuch in Paris. In den Sitzungen des englischen Kabinetts ist noch keine endgültige Entscheidung über die von England auf der Lausanner Konferenz zu verfolgende Politik gefallen. Die Streichung der Reparationen und die Kriegsschulden sei die notwendige Voraussetzung für die Wiederankurbelung der Wirtschaft und die Wiederherstellung des Vertrauens. In Lausanne müßte, wenn irgend möglich, eine dauerhafte Regelung angestrebt werden.

Aus diesem Grunde sei der Gedanke eines sechsmonatigen Moratoriums, selbst wenn es sich auch auf die ungeschätzten Reparationszahlungen ausdehnen sollte, abgelehnt worden, und die englische Abordnung soll ermahnt worden sein, in diesem Sinne zu handeln. Man sei sich ferner ziemlich allgemein darüber einig geworden, daß die deutsche Behauptung, bezugslos Deutschland seine Reparationen mehr zahlen könne, gerechtfertigt sei, solange die gegenwärtige Krisenlage bestehe, und daß das gegenwärtige Verfahren auch für die Behandlung der ungeschätzten Reparationszahlungen während eines Moratoriums der Revision bedürfe.

Das französische Außenministerium veröffentlicht eine amtliche Mitteilung, wonach der britische Ministerpräsident Macdonald und der Außenminister Simon am Sonnabendabend in Paris eintreffen, wo sie den Sonntag zu verbringen gedenken. Die englischen Staatsmänner werden die Gelegenheit benutzen, um sich mit dem französischen Ministerpräsidenten und Außenminister Herrlot über die beide Länder interessierenden Probleme zu unterhalten. Außenminister Simon erklärte, er sei überzeugt, daß der geplante direkte Meinungsaustausch wesentlich dazu beitragen werde, den Weg für eine befriedigende Lösung in bezug auf die Probleme, die in Genf und Lausanne behandelt werden, vorzubereiten.

3 Vorschläge Englands für Lausanne?

Berlin, 9. Juni. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus London soll das Programm der englischen Regierung für die Reparationsregelung in Lausanne folgende drei Möglichkeiten vorsehen. 1. Die vollkommene und einfache Streichung der Reparationen, die im Prinzip immer die englische Idee gewesen sei. 2. Eine reduzierte Schlusszahlung Deutschlands, wodurch die Reparationen ein für allemal abgeklärt werden sollen. 3. Ein sehr langfristiges Moratorium für Deutschland, nach dessen Ablauf das Reich in stark vermindertem Umfang seine Zahlungen wieder aufnehmen soll.

Washington gegen Schuldenstreichung.

Das Staatsdepartement in Washington wendet sich in einer Erklärung erneut gegen die Streichung der Kriegsschulden. In der Erklärung heißt es, die amerikanische Regierung sei

nicht gewillt, Vorschläge der europäischen Nationen für eine Streichung der Kriegsschulden und Reparationen anzunehmen.

Der amerikanische Standpunkt geht dahin, daß eine Streichung der Reparationen durch die europäischen Staaten die amerikanische Regierung nicht verpflichte, auch die Schulden zu streichen. Vom Staatsdepartement wird betont, daß dieser Standpunkt allen an der Lausanner Konferenz interessierten Regierungen bekanntgegeben worden sei.

„Schlag auf Schlag.“

Verordnungen anerkennen, das sind die Verordnungen über die Verbände, über Versammlungen und Umzüge und über die Einschränkung der Pressefreiheit. Dazu gehört auch das Verbot der SA-Formationen.

Die zunächst bevorstehenden Notverordnungen werden also finanzieller Art sein; sie sollen dazu dienen, das Loch im Reichshaushalt zu stopfen. Bekanntlich wollte auch Brüning durch scharfe Abstriche an den sozialen Unterhaltungsstellen Ersparnisse erzielen und außerdem durch die sogenannte Beschäftigtensteuer neue Mittel gewinnen. Die neue Regierung wird diese Pläne mit Abänderungen übernehmen; sie will aber an den Sachausgaben des Haushalts

nach härtere Abstrich.

machen, also die Einsparungen erhöhen, dafür aber die Beschäftigtensteuer statt, wie Brüning plante, auf 1%

Proj. auf e i n Prozent festzusetzen. Die Haupteinsparungen erwartet man von den Kürzungen der sozialen Unterstützungssätze, die zur Zeit im Durchschnitt 50 bis 54 Mark monatlich betragen. Die Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung soll nicht eingeführt werden, weil man den Sparwillen nicht schwächen will.

Die Notverordnungen über alle diese Dinge erwartet man für den Anfang der nächsten Woche. Auch die beiden andern Abschnitte der geplanten Arbeiten, das Wiederaufbauprogramm und die Änderungen der politischen Notverordnungen sollen, wie an zuständiger Stelle erklärt wurde, Schlag auf Schlag folgen.

Offenbar will die Reichsregierung mit ihren Plänen fertig sein, wenn die Tribulationsfrist in Lausanne in der nächsten Woche beginnt. Dort will sie die Pläne gewissermaßen auf den Tisch legen und damit beweisen können, daß Deutschland trotz allergrößter Einschränkungen seinen Pflichten für Tributzahlungen mehr übrig hat.

Was in den Plänen zum Wiederaufbau steht, ist noch unbekannt, die Regierung hat darüber auch noch keine Andeutungen gemacht. Jedenfalls kann man soviel dazu sagen, daß gerade dieser Abschnitt der Arbeiten der allerwichtigste ist, und daß der Wiederaufbauplan über das Schicksal der neuen Regierung entscheiden wird.

Länderbesprechung in Berlin.

Die Ministerpräsidenten am Sonnabend beim Kanzler.

Am Sonnabend wird der Reichskanzler die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrates in Anwesenheit der Ministerpräsidenten der größeren deutschen Länder zu einer Besprechung über die allgemeine politische Lage und die zu erwartenden Notverordnungen empfangen.



Weitere Veränderungen in der Innendiplomatie.

Links: der Staatssekretär im Reichs Ernährungsministerium, Dr. Heutkamp, ist von seinem Posten zurückgetreten. Mitte: Staatssekretär Geib vom Reichsarbeitsministerium ist zur Disposition gestellt worden.

Wichtige Zentrumstagung.

Der erweiterte Parteivorstand der Zentrumspartei war im Reichstag zu einer Tagung zusammengelommen, der in politischen Kreisen große Bedeutung beigemessen wird. Es handelte sich bei den Verhandlungen des Parteivorstandes nicht nur um die Stellungnahme zur Reichstagsauflösung und den Fragen des Wahlkampfes, sondern auch um die Klärung der preussischen Frage. Den Vorsitz führt der Parteivorsitzende Dr. Kaas. Die preussischen Zentrumsmänner Dr. Steiger, Dr. Hirtfelder und Dr. Schmidt nahmen an der Sitzung des Parteivorstandes teil, ebenso der bisherige Reichskanzler Dr. Brüning.

Nach einer Mitteilung der Parteileitung war die Aussprache von dem Geist völliger Einigkeit und Geschlossenheit getragen.

Nach der Aussprache wurde eine Entschliessung angenommen, in der dem Reichsparteivorstand, Dr. Brüning, Dr. Steigerwald, der Parteileitung und der Reichstagsfraktion dankbares Vertrauen ausgesprochen wird. An der Arbeit der neuen Reichsregierung könne keinerlei Mitverantwortung übernommen werden. Das Zentrum gehe seinen Weg, ohne seine Selbständigkeit von rechts oder von links bestimmen zu lassen. Schließlich werden alle Parteifreunde aufgefordert, dafür zu sorgen, daß ein harter, von der Gefolgschaft weitester, den Volksstaat und die Volksgemeinschaft christlich beherrschender Kräfte aus allen Volksschichten unterstützter Ordnungsbund als Garant einer friedlichen und organischen Weiterentwicklung Deutschlands gesichert bleibe.

Ein Aufruf der Christlichen Gewerkschaften

Der Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands erläßt einen Aufruf, in dem er sich scharf gegen die Regierungserklärung des Kabinetts Papen wendet. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Die christliche Arbeiterbewegung sammelt sich für die kommende Auseinandersetzung in deutschen Volk noch geschlossener um die Idee der Staats- und Volksgemeinschaft, wie sie vor allem auch 1920 auf dem Generalkongress der Christlichen Gewerkschaften verhandelt wurde.“

Sie sammelt sich zum Kampf für christliche Kultur, zum Kampf für nationale Freiheit, zum Kampf für soziale Gerechtigkeit, zum Kampf gegen alle Feinde dieser wahrhaft deutschen Volks- und Staatsidee.“

Hitler über die Reichstagswahlen.

Parteilamtlche Mitteilung über den Gauseitertag.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit: In München fand heute in Anwesenheit Adolf Hitlers und unter dem Vorsitz des Reichsorganisationsleiters, Gregor Strasser, ein Gauseitertag der NSDAP statt, der sich insbesondere auch mit der organisatorischen Vorbereitung der bevorstehenden Reichstagswahl befaßte.

Adolf Hitler legte in eingehendsten Ausführungen die politischen Richtlinien dar, die für die Haltung der NSDAP zu der durch den Sturz der Regierung Brüning neu geschaffenen politischen Lage im Reich und in den Ländern maßgebend sind.

Er wies auf die Bedeutung der Reichstagswahl als der Generalabrechnung des deutschen Volkes mit der

Politik der letzten 14 Jahre und ihrer Träger hin und trat dabei dem Versuch der Systemparteien, die Verantwortlichkeit für diese Politik von sich abzuweisen, scharf entgegen.

Zusammenfassend kennzeichnete er dann die Erklärung der Mitglieder des abberufenen Kabinetts Brüning, wonach mit politischen Mitteln allein den jetzt bestehenden Kräfte in unserem Volke nicht entgegengetreten werden könne, als ein ungewöhnlich dreistes Mandat angeht der Tatsache, daß gerade die Regierung Brüning zwei Jahre lang mit diesen Mitteln die nationalsozialistische Freiheitsbewegung in der brutalsten Weise unterdrückt hat.

Gegenüber den separatistischen Gerüchten, die durch die Reden verantwortungsloser bayerischer Politiker genährt werden, gab Adolf Hitler der Auffassung der NSDAP und des ganzen deutschen Volkes dahin Ausdruck, daß jeder Versuch eines Anschlages auf die Einheit des Reiches an dem entschlossenen Widerstand der nationalsozialistischen Bewegung zerbrechen werde.

Die Ausführungen Adolf Hitlers fanden ihren Niederschlag in der einmütigen Willensäußerung der Versammelten.

Der Reichsorganisationsleiter, Gregor Strasser, stellte den Zeitgeist auf: „Die Schlagkraft der Organisation ist so zu vervollkommen, daß keine Macht der Welt mehr die NSDAP vom Sieg zu trennen vermag.“

Reerl und Rube in München. Die Landtagsabgeordneten Reerl und Rube wollen zur Zeit in München, um mit Adolf Hitler die gesamte Preußenfrage nochmals abschließend zu besprechen. Im Verlaufe dieser Besprechung dürfte auch entschieden werden, wer von den Nationalsozialisten als Kandidat für den preussischen Ministerpräsidentenposten aufgestellt werden wird.

Erregung der Beamtenschaft über die Gehaltshürzung in Preußen.

Berlin, 8. Juni. Die plötzliche von Preußen angeordnete Gehaltshürzung hat die Beamtenschaft in die größte Aufregung versetzt. Der Reichsbund der höheren Beamten, der bereits vor einigen Tagen den Schutz der Reichsregierung „gegen die immer mehr um sich greifende Willkür und Ungleichheit der Beamteneinstellung“ anrufen hatte, forderte in einem Telegramm an den Reichskanzler Einwirkung gegen die Absichten der preussischen Regierung. Ebenfalls will der Landesverband der höheren Beamten Preußens alle Fraktionen des Landtages auffordern, die Schlechterstellung der preussischen Beamten durch sofortige Anträge auf Aufhebung dieser Notverordnung zu verhindern.

Noch 5583000 Arbeitslose.

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 31. Mai hat die Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt sich in der zweiten Hälfte des Berichtsmontats mit etwas größerer Beschleunigung fortgesetzt. Während im vorigen Berichtabschnitt die Zahl der Arbeitslosen nur um rund 64 000 abgenommen hatte, war sie Ende Mai um rund 92 000 geringer als am 15. des Monats. Der damit erreichte Stand von rund 5 583 000 Arbeitslosen liegt jedoch um etwa ein halbes Millionen über dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres. Seit dem winterrischen Höchststand (Mitte März) ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 546 000 zurückgegangen. Träger der Entlastung sind weiterhin fast ausschließlich die Saisonarbeiter.

An der Verleserung war die Abnahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger mit rund 64 000 geringer als in der ersten Hälfte des Monats (rund 92 000). Die Abnahme in der Arbeitslosenversicherung war mit rund 52 000 verhältnismäßig größer, als man annehmen konnte. In beiden Einrichtungen wurden am 31. Mai rund 2 658 000 Arbeitslose unterstützt, davon 1 582 000 in der Arbeitslosenversicherung. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende Mai rund 2 019 000 gegenüber rund 2 019 000 Ende April. Sie hat also entgegen der allgemeinen Bewegung zugenommen.

Memel vor dem Haag.

Litauen bittet um Verzichtung

In dem Verfahren wegen der Verletzung des Memelstatutes vor dem Haager Schiedsgericht vertritt der englische Delegierte Sir William Mallin den Standpunkt der Unterzeichner des Memelabkommens. In diesem sei als Voraussetzung für die Übertragung des Memelgebietes an Litauen eine Beschränkung von dessen Oberhoheit über das Memelgebiet vorgesehen. Das Statut bestimme, daß der Präsident des Direktoriums im Amt bleibe, solange er das Vertrauen des Landtages besitze. Daraus folge, daß der Gouverneur nicht das Recht habe, den Präsidenten abzusetzen.

Nachdem die Vertreter Frankreichs, Italiens und Japans sich diesen Ausführungen angeschlossen hätten, hätte eigentlich der litauische Vertreter Sidzitas auf antworten sollen. Er hat das Gericht jedoch, um eine Pause von drei Tagen zur Vorbereitung seiner Antwort. (Schon sankt D. Red.) Das Gericht beschloß, den Verzichtungsantrag in Erwägung zu ziehen.

Hus unserer Heimat

Wilsdruff, am 9. Juni 1932.

Werkblatt für den 10. Juni.

Connenaustrang 2¹¹ | Wondaustrang 9¹¹
Connenuntergang 20¹¹ | Wonduntergang 9¹¹
1867: Der Kunstschiffbauer Julius Meyer-Gräbe geb.

Enttäuschung im Juni.

Auf ein Mittel gibt es, der gänzlich unerwartet heringebrochene Juniflühe Herr zu werden: man muß ganz energisch über sie schreiben und kimpfen. Dieses Mittel hat sich bisher noch immer als ausgezeichnet erwiesen. Man braucht seine Ungunzigkeit mit einem Bitterungsstand bis öffentlich zu äußern, und er ändert, d. h. bessert sich dann meist sofort.

Aber Spaß beiseite: der Juni hat uns bisher stark enttäuscht. Allgemein glaubte man, daß das nächste Wetter der letzten Maitage nicht in den ersten Sommermonat hin-

übergekommen werden würde, aber es kommt — wie der viel zitierte Volksmund sagt — eben immer anders und zweitens als man denkt. Und so empfing uns denn der Juni mit einer recht unfreundlichen Kühle, die beinahe schon frostig war. Einige allerdings, die das Wetter in den Fingerspitzen haben, hatten das vorausgesehen, weil sie es vorausgesehen hatten. „Hinter die gefährliche Natflühe“, sagten sie, „hat der Wettergott die Juniflühe gesetzt, und die kann unter Umständen noch unangenehmer werden als die Eisheiligenzeit, weil man im Juni etwas anderes erwartet und sich bereits ganz auf Sommer eingestellt hat.“ Die so sprachen, haben, wie man hört, recht behalten.

Andererseits — warum soll es schließlich nicht auch hier ein „andererseits“ geben? — andererseits also ist und schon im Winter ein recht heizer und trodener Sommer in Aussicht gestellt worden. Es kommt nur darauf an, für wann man den Sommerbeginn ansehen will. Hält man sich streng an den Kalender, so hätten wir noch Zeit bis zum letzten Drittel des Monats, und bis dahin wird es ja hoffentlich wirklich wärmer geworden sein. Aber den richtigen heißen Sommer, der uns prophezeit wurde, erhofft man wohl doch erst für Juli und August. Wenn nun dann nicht wieder eine Enttäuschung kommt! Aber selbst wenn es wirklich zu dem angesagten heißen Sommer kommen sollte — glücklich und zufrieden werden wir sehr wahrscheinlich auch dann nicht sein. Denn das ist nun mal so mit uns Menschen: wir wünschen immer das Wetter, das wir nicht haben! Also zunächst einmal her mit dem besseren Juni — das übrige wird sich dann schon finden!

Gestern war Redardus, von dem es heißt in alten Bauernregeln: „Was Redardus für Wetter hält, solches in die Ernte fällt“ oder „St. Redard seinen Regen mag, es regnet sonst vierzehn Tag“. Nun, trüb wars ja gestern und Regentropfen fielen auch, aber selbst wenn sie in dem Umfang 14 Tage uns beschert würden, das ließe sich ertragen. Die Bitterung im allgemeinen freilich war wenig sommerlich, vielmehr scheint es, als wären erst die Eismänner im Kommen. Die Landeswetterwarte verkündet nun schon seit zwei Tagen, daß es wärmer werden soll, hoffentlich hat sie bald recht.

Seinen 70. Geburtstag begeht morgen Freitag unser ehemaliger Glöckner Oskar Helbig. Wir wünschen, daß der Glöckner feierlich Gelächte ihn noch lange Jahre bei bester Gesundheit erfreuen möge.

Vereitelter Streifenüberfall. Ein aus Dresden stammender Geschäftsmann wurde am Mittwoch abend gegen 21 Uhr, als er sich mit seinem Fahrrad vom Kundendienst auf der Staatsstraße Limbach-Wilsdruff zwischen Limbach und Galtshaus, Abzweig nach Birkenhain, von Wegelagerern bedroht. Nur infolge seiner gewandten und schnellen Fahrweise ist er den Wegelagerern, welche die Verfolgung durch Fahrradübergenommen hatten und dauernd schrien: „Wir sind arbeitslos und verlangen Geld“ entkommen. Von der Straße — Abzweig nach Birkenhain — kamen um das Gasthaus zwei andere Radfahrer — im selben Augenblick stürzte der Geschäftsmann nach der Eisenbahnhaltestelle Birkenhain-Limbach, welche dann abfliegen und sich mit den inzwischen hier eingetroffenen Wegelagerern unterhielten. Ob diese mit den Wegelagerern in Verbindung standen, werden die polizeilichen Erörterungen klären, welche bereits eingeleitet sind.

Das amtliche Fernsprechbuch für den Oberpostdirektionsbezirk Dresden soll neu aufgelagt werden. Änderungen können nur berücksichtigt werden, wenn sie spätestens bis 23. Juni der zuständigen Vermittlungsanstalt schriftlich und postfrei mitgeteilt sind.

„Schützenhaus-Vischspiele“. „Pension Schöller“, der neue große Silva-Tonkassenschwan, erzählt die tollste Geschichte, die je ein Schwanautor erfand — die Erlebnisse des biedereren Provinzjünglers Klapproth, dem eine Berliner Fremdenpension von seinem Neffen als eine Juwelenkassette vorgesetzt wird. Aber auch diese Geschichte endet mit Liebe und mehreren Verlobungen. Georg Jacoby führt mit sicherer Hand eine auserlesene Schauspielerschar in den Trübel nie dagewesener Schwanensituationen, an der Spitze Jacob Diehle, dem Elga Brink, Trude Berliner, Truus von Allen, Hedwig Wangel, Josephine Dora, Elie Kaval, Fritz Schulz, Paul Heidemann, Fritz Kamper, Kurt Bepersmann, Paul Penfels, Victor de Kowa u. a. m. folgen. Der Film läuft nur morgen Freitag in den „Schützenhaus-Vischspielen“.

Fortschritte im Bau der Großrundfunkender. Von der Oberpostdirektion Leipzig wird mitgeteilt: Der Bau des Dresdener Großrundfunkenders und die umfangreichen Abnahme-messungen sind soweit fortgeschritten, daß die neue Sendeanlage etwa Mitte Juli für betriebsmäßige Vergleichsversuche über die Wirkung der neuen erstmalig in dieser Form ausgeführten fentrechteten im Innern des 140 Meter hohen Turmes besetzten Antenne zur Verfügung steht. Für die Dauer dieser Versuche bleibt der alte Sender im Betrieb. Die endgültige Inbetriebnahme des Dresdener Großsenders ist hiernach im Laufe des Monats August zu erwarten. — In Leipzig und Frankfurt (Main) geht der Aufbau der neuen Sender programmäßig weiter. Während bei eigentlich Montage des Senders Leipzig etwa Mitte Juni beendet sein wird, wird dies für Frankfurt (Main) Ende Juni der Fall sein. In die Aufbaubarbeiten schließen sich die erforderlichen Durchsprüngen und Messungen der einzelnen Senderteile usw. an, die nur nach beendeten Aufbau der Anlage an Ort und Stelle möglich sind. Mit der Inbetriebnahme dieser beiden Sender, die beinahe ihre Welle tauschen, ist somit ebenfalls im Laufe des Monats August zu rechnen.

Grumbach. Königschießen. Am gestrigen Mittwoch fand das unterbrochene Vogelschießen seinen Fortgang im Königschießen. Eine große Zuschauermenge von nah und fern hatte das angekündigte Feuerwerk angelockt, welche bis zum Dunkelwerden durch die schnelle Wust der Stobtblafelle Wilsdruff unterhalten wurde. Dr. Koch wurde durch den Abschluß des Vogelschießjahres König. Nach dem Abbrennen des schönen Feuerwerks hielt der neue König unter Rust seinen Einzug im Gasthof. Militärvereinsvorstand Paul Diekmann entließ nun anschließend die Alte Majestät „Paul der Reich“ und übergab die Regie dem neuen König „Gottlieb der Hilfsreich“. Nach Dankworten des Königs begrüßte seine Majestät seine Untertanen und gab eine Schilderung seines Regierungsprogrammes. U. a. führte er aus, würden alle Notverordnungen für ungültig erklärt und die alten Minister freilassen, weiter würde er sein Amt unentgeltlich ausführen. Nachdem er der Hoffnung Ausdruck verliehen hatte, daß es mit unserem deutschen Vaterland wieder aufwärts gehen möge, und dem Absingen des ersten Verles des Deutschlandliebes zerstreuten sich die Anwesenden, um bei einem gemächlichen Tanzchen noch lange zusammen zu bleiben.

Notverordnungen für Preußen.

Scharfe Spannung zwischen dem Reich und Preußen.

Zwischen der neuen Reichsregierung und dem geschäftsführenden preussischen Kabinett hat sich plötzlich eine Art Kriegszustand entwickelt.

Minister Klepper beziffert den verbleibenden Fehlbetrag auf noch 24 Millionen Mark, der durch neue Abstriche im Haushalt gedeckt werden soll.

Der preussische Haushalt selbst wird nicht durch Notverordnung in Kraft gesetzt, vielmehr denke die preussische Regierung, wie der Minister erklärte, nicht daran, dem Landtag die Verantwortung hierfür abzunehmen.

Neue Belastung für die preussischen Beamten.

Die Verhandlungen zwischen dem Reich und der preussischen Regierung wegen einer Hilfe des Reichs zum Ausgleich des preussischen Staatshaushalts sind, wie schon bekannt, gescheitert.

Au erster Stelle steht eine Kürzung der Gehälter für die preussischen Beamten, allerdings in einer ganz neuen Form.

Da aber die Einsparungen durch die Gehaltskürzung nicht ausreichen, um den Fehlbetrag im Haushalt zu decken, soll noch eine Schlachtsteuer eingeführt werden.

Kein Reichskommissar für Preußen.

Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen zwischen Reich und Preußen ist bekanntlich die Meinung aufgetaucht, die Reichsregierung gehe mit dem Plan um, schließlich einen Reichskommissar in Preußen einzusetzen.

Der Reichsjustizminister zur Preußenfrage.

Gleichhaltung von Reich und Preußen. Der neue Reichsjustizminister Dr. Gürzner gab bei München-Augsburger Abendzeitung Gelegenheit zu einer Unterredung, in der u. a. über die Ansichten der Reichsregierung in den Fragen „Reich und Länder“ ausproben

Deutscher Spruch. Wer keine Ehrfurcht fühlt, bleibt in des Niederen Haß. Hast du die Demut nicht, so fehlt dir auch die Kraft.

Die Verlegung des Memelabkommens.

Vitauen vor dem Haager Gerichtshof. Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag begann das mündliche Verfahren in der Klage, die die Unterzeichnermächte des Memelabkommens, England, Frankreich, Italien und Japan, wegen Verletzung dieses Abkommens gegen die litauische Regierung angestrengt haben.

Kurze politische Nachrichten.

Der Landwirtschaftsausschuß des Preussischen Landtages hat einen Antrag angenommen, das Staatsministerium zu ersuchen, in Verbindung mit der Reichsregierung auf die Schaffung einer besonderen Beihilfe hinzuwirken und auf die Rentenbankkreditanstalt und die Preußenkasse einzuwirken.

Zu der Meldung eines Berliner Blattes, daß ein Beimischungszwang für Spiritus bevorstehe, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß in dem zuständigen Ministerium zwar Erwägungen darüber schweben, daß aber eine Entscheidung noch nicht gefallen sei.



Deutsche Stahlhelmer bei einer amerikanischen Gefallenenseier. An der amerikanischen Stadt Detroit wurde kürzlich eine Parade zum Gedenken an die gefallenen Amerikaner veranstaltet.

Im Gutshaus von Mahlow Roman von Gert Rothberg

Und doch hatte er vor kurzem sehr kühl und sachlich erwogen, daß er in der Heimat wohl schon in nächster Zeit sich nach einer jungen Frau umsehen würde. Eine, die in ihrer Wesensart nach Mahlow paßte.

Es sollte ein Wind sein und wurde auch als solcher aufgefaßt. Mahlow sagte: „Früher war ich überall. Aber jetzt werde ich mich doch wohl bloß an die in kurzer Zeit erreichbaren Bahnen halten müssen.“

Ein warmes Gefühl stieg in ihm auf für sie. Er wurde unsicher. Sollte er diesen wertvollen Menschen von sich geben lassen? Er hätte ja nichts ein, wenn er eine Ehe mit ihr einging — er konnte höchstens gewinnen.

wurde. Der Minister erklärte u. a., an der Spitze der Fragen, die er vor Annahme seines Amtes in persönlicher Aussprache mit dem Reichkanzler von Papen geklärt habe, habe die Frage nach dem Verhältnis des Reiches zu den Ländern gestanden. Von dieser Reichsregierung seien selbstverständlich Reformen im Sinne einer Abwägung der Länder beabsichtigt. Woran man denke, sei die sogenannte „Gleichschaltung“ von Reich und Preußen, wobei eine Ausnahme des preussischen Ministerpräsidenten in die Reichsregierung möglich sei. Ob aber diese Mitgliedschaft mit einer Vereinnahmung von Ministerposten im Reich und in Preußen verbunden sein würde, sei noch eine offene Frage.

Landwirtschaft und Fleischer gegen Schlachtsteuer.

Reichsernährungsminister gegen den Plan Preußens.
Eine Abordnung des Hauptauschusses für die deutsche Fleischherzeugung und -verwertung, in der Hauptfache Vertreter der Landwirtschaft und des Fleischergewerbes, hat angesichts der in ziemlich bestimmter Weise aufgetauchten Vermutung, daß die bevorstehende preussische Notverordnung die Schlachtsteuer bringen werde, einen Vorstoß unternommen. Die Vertreter des Hauptauschusses begaben sich ins Reichsernährungsministerium, wo sie mit Freiherrn von Braun eine persönliche Unterredung hatten, bei der sie den Ernährungsminister auf die katastrophalen Folgen aufmerksam machten, die die Einführung der Schlachtsteuer in Preußen für die beteiligten Wirtschaftsgruppen haben müßte. Freiherr von Braun brachte sein vollstes Verständnis für die Darlegung der Wirtschaftsvertreter zum Ausdruck, betonte seine Einstellung gegen die Schlachtsteuer, wies aber im übrigen auf die Zuständigkeit der geschäftsführenden preussischen Regierung hin. Im Anschluß wurde die Abordnung im preussischen Landwirtschaftsministerium und dem Wohlfahrtsministerium vorgelegt. Die zuständigen Ministerialdirektoren sagten zu, die Wünsche der Wirtschaftsvertreter den Ministern zur Kenntnis zu bringen.

Besuchsfahrt deutscher Kriegsschiffe.

Flottenbesuch in Stockholm.
Vom 11. bis 17. Juni findet ein Besuch deutscher Kriegsschiffe in Stockholm statt, an dem der Kreuzer „Königsberg“, das Torpedoboot „Secadler“ und die 4. Torpedoboots-Halbflottille teilnehmen. Die 4. Torpedoboots-Halbflottille besteht aus vier Booten. Kreuzer „Königsberg“ ist im Jahre 1927 vom Stapel gelaufen und gehört ebenso wie die Torpedoboote zu den neuesten Schiffen der Reichsmarine. Die Besatzung zählt 522 Mann. Die Torpedoboote sind in den Jahren 1925 bis 1927 gebaut. Sie haben Turbinenantrieb und Dampferung. Die Besatzung zählt je 111 Mann.

Wie es auf einem russischen Markt zugeht.

Ein „freier Markt“ von berittener Polizei geklärt.
Wie amtlich aus Moskau gemeldet wird, hat sich in Watu ein Fall abgespielt, der die größte Aufmerksamkeit der Sowjetregierung und des Hauptvolkswirtschaftsausschusses der Kommunistischen Partei auf sich gelenkt hat. Mehrere Abteilungen der berittenen Polizei haben ganz plötzlich auf dem freien Markt in Watu, auf dem die Bauern ihre Lebensmittel zu freien Preisen verkaufen dürfen, die Händler und Käufer auseinandergetrieben. Ein Schwarm berittener Sowjetmilitär hat bei den Bauern sämtliche Lebensmittel beschlagnahmt und über hundert Verhaftungen vorgenommen. Verschiedene Behörden haben beim Volkswirtschaftsausschuss Einspruch erhoben, auf dessen Anordnung dann die gesamte Keltung der Waturer Milz verhaftet und von ihrem Dienst entlassen wurde. Die verantwortlichen Leiter werden durch das Kollegium der O. S. P. U. abgeurteilt werden. Im amtlichen Bericht heißt es u. a., die Beamten hätten ihre Befugnisse überschritten, und die Partei und die Regierung könnten sich solche Übergriffe nicht leisten.

Im Gutshaus von Mahlow

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Auf dem Fest des Präsidenten von Jollendorf lernte er sie kennen. Er sah ihr gegenüber und wußte wohl kaum, was er sah und trank. Er sah weiter nichts als die schöne Frau mit dem lilanroten Haar.
Er vergaß das braunhaarige Mädchen an seiner Seite, dessen Tischherr er war; er überhörte eine Frage der alten Eggeleins links von sich — er sah nur Lella!
Und einmal sah sie ihn an!
Dieser Blick war wie ein Blitz; er brannte sich ein in sein Blut.
Von da an begann es!
Das braunhaarige Mädchen des Barons Gerbern weinte sich die Augen aus nach ihm. Er ging kaum noch zu einer offiziellen Gesellschaft. Er verbrachte jede freie Minute bei Lella. Sie vergiftete ihn, daß er nun für nichts anderes mehr Interesse besaß, nur für sie.
Einmal traf er einen kleinen, schlanken Herrn bei ihr an. Der maß ihn mit spöttischen Blicken; dann ging er. Er hatte sie gefragt, was es mit dem Herrn für eine Verwandtschaft habe, der zu einer gänzlich unpassenden Zeit bei ihr aus und ein ging.
Da hatte sie gelacht, hatte ihm den lodenden Blick zugeworfen, dem er immer unterlag, und dann hatte sie gesagt:
„Widgeschäfte, Liebster! Glaubst du wirklich, daß mein Haushalt mich kein Geld kostet? Der Herr war ein mir sehr gut bekannter Bankier aus Berlin, mit dem ich unbedingt über den Verkauf einiger Papiere verhandeln mußte. Ich habe ihn telegraphisch herbeigerufen und ihn gebeten, sofort nach seinem Eintreffen zu mir zu kommen. Wist du nun zufrieden, du eifersüchtiges, großes Kind, du?“
Er hatte sie nur leidenschaftlich gefaßt.

Keine Änderung in der irischen Haltung.

Erklärung de Valera in der Treueidfrage.
Aus Dublin wird gemeldet: De Valera erklärte im irischen Senat, daß die irische Regierung ihre Stellungnahme zur Treueidfrage nicht geändert habe. Es sei daher kein Grund vorhanden, die Verhandlungen des Senats über das Gesetz zur Abschaffung des Treueides zu verschieben.

Kleine Nachrichten

Preussischer Landtag voraussichtlich am 14. Juni.
Berlin. Dem Ersuchen des Reichkanzlers, den Preussischen Landtag früher als zum 22. Juni einzuberufen, wird vom Altestenrat, der am Freitag zusammentritt, wahrscheinlich entsprochen werden. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß der Landtag voraussichtlich am Dienstag, 14. Juni, zusammentreten wird. Auf der Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung wird die Wahl des Ministerpräsidenten stehen, vorausgesetzt, daß darüber eine Einigung im Altestenrat erzielt wird.
Der Verfassungstag kein Feiertag in Baden.
Karlsruhe. Das Staatsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Verordnung des Staatsministeriums vom 21. Juli 1923 über die Bestimmung des 11. August (Reichsverfassungstag) als gebotener Feiertag wird aufgehoben.
Verhandlungen zur Rettung des Harzer Bergbaues.
Braunschweig. Der braunschweigische Innenminister Klages weilt in Berlin, um im Reichswirtschaftsministerium den Standpunkt der braunschweigischen Regierung in der Frage der Rettung des Harzbergbaues zu vertreten. Die Unterredung geht auf eine Anregung des Ministers Klages zurück, der den von ihm für unbedingt notwendig erachteten Verwendungszwang für einheimische Erze bei der Reichsregierung durchzusetzen versuchen will.

Schlichtungsverhandlungen für die Rheinschiffahrt verlagert.
Köln. Mit Einverständnis der Parteien wurde die vor dem Sondergericht Dr. Joessen-Köln durchgeführten Schlichtungsverhandlungen zwischen Neuregelung des Lohn- und Rahmentarifs in der Rheinschiffahrt auf den 14. Juni verlagert, da die Arbeitsgepariet des Oberhehns nicht erscheinen konnte.
Spanischer Dampfer mit 800 Passagieren auf Grund gelaufen.
Kapstadt. Der spanische 4000-Tonnen-Dampfer „Telbo“ mit 800 Passagieren an Bord ist im Golf von Biafra, 20 Meilen von der westafrikanischen Küste entfernt, auf Grund gelaufen. Das Schiff befindet sich in einer äußerst gefährlichen Lage. Der englische Dampfer „Apsam“ ist der „Telbo“ zu Hilfe geeilt. Mehrere Verfassungen von der Insel Fernando Po sind gleichfalls nach der Unfallstelle ausgelaufen. Die „Telbo“ ist ein 37 Jahre altes Schiff.
Am Sonnabend Abreise Macdonalds und Simons nach Paris.
London. Macdonald und Außenminister Simon beabsichtigen, am Sonnabend nach Paris abzureisen. Simon wird dann nach Genf gehen, um an der Sitzung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, während Macdonald Besprechungen mit Herriot über die Konferenz in Lausanne haben wird.

Sechs Personen in ihren Autos verbrannt.
Newport. Ein geringfügiger Anstoß kostete in Colintonwood (New Jersey) sechs Menschen das Leben. Ein 18 Monate altes Kind fiel aus der Wiege und zog sich dabei Schnittwunden durch die Schenkel der Hüftschläge zu. Das Kind wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Der Krankenwagen fuhr unterwegs in ein anderes Auto. Beide Wagen gerieten in Brand, und ihre sämtlichen Insassen, das Kind, der Vater, ein Polizist und drei Passagiere des anderen Autos wurden getötet.

Neues aus aller Welt

Schwerer Straßenbahnunfall in Berlin. In Berlin ereignete sich in der Siresemannstraße ein schwerer Straßenbahnunfall, bei dem etwa 20 Personen nicht unerheblich verletzt wurden. Der Unfall ist auf falsche Weichenstellung zurückzuführen.
Gewitterwäutere in der Rhön. Ein von orkanartigem Sturm begleiteter Gewitter, das das Gebiet des Rhöngebirges heimsuchte, und auf den Feldern tiefsige Verwüstungen anrichtete, forderte drei Menschenleben.

Sprengstoffanschlag auf die Villa eines Industriellen. An der Rückseite einer neuerbauten Villa eines Industriellen in Ehringhausen bei Remscheid wurde ein Sprengkörper zur Explosion gebracht. Die Fensterscheiben des Hauses gingen in Trümmer und das Fundament wurde leicht beschädigt. Im Interesse der sofort aufgenommenen polizeilichen Ermittlungen können nähere Angaben noch nicht gemacht werden.

Der Todesopfer des Militärflaunungslüfts. Der schwere Unfall des Militärflaunungslüfts der ersten Marineartillerieabteilung Kiel auf der Strecke von Minden nach Aienburg hat vier Todesopfer gefordert. Außer dem Piloten angefallenen Dämmmer, der auf der Unfallstelle tödlich verunglückt ist, sind drei Marineflaunungslüfts ihren schweren Verletzungen erlegen.

Zusammenstoß zwischen einem Güterzug und einem Auto. In Karwin bei Troppau ereignete sich ein Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Güterzug. Unter dem getrümmerten Auto wurden die Gattin des Wagenlenkers Groß und ein Bergmann als Leichen hervorgezogen. Die Tochter des Groß erlitt derart schwere Verletzungen, daß sie kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus verstarb. Groß selbst wurde nur leicht verletzt.

Revision im Mordprozess Biehm.

Die Begründung des Todesurteils.
Die wegen gemeinschaftlichen Gistmordes vom Obener Schwurgericht zum Tode verurteilten Frauen Biehm und Ladewig haben gegen das Urteil Revision eingelegt. Die beiden Frauen wollen geltend machen, daß der Indizienbeweis, auf Grund dessen sie verurteilt wurden, nicht reiflos geklärt sei.
Zur Begründung des Todesurteils
gegen die beiden Frauen hatte der Vorsitzende des Gerichtshofes etwa folgendes ausgeführt. Die am 4. und 16. November erfolgten Rufe von chloraurer Kali hätten dem Gericht die verbrecherische Absicht der Elsa Biehm bewiesen. Lamballe Berliner Gelehrte hätten festgestellt, daß der Tod des Kindes durch chloraurer Kali hervorgerufen wurde. Erst die Aussagen der Frau Krüger und der von Kriminalkommissar Trellin gefundene Rassenzettel hätten Frau Biehm veranlaßt, überhaupt etwas zuzugeben. Dann kam der Vorsitzende zu der Tatnacht.

Das nach dem Eintritt in die Wohnung geschah, sei in Schiele geklärt. Der Anabe war zu Bett gegangen und hatte Pfeilbeeren bekommen, die Frau Ladewig mit Luder gefüllt haben will. Dieser angebliche Jader sei vom Gericht als sehr belastend gewertet worden. Die Tatzeit sei wert, näher betrachtet zu werden. Um 1,05 Uhr sei das Unglück geschehen. Der Junge habe im Sterben gelegen. Der geltende Schrei sei erdnt. Frau Ladewig sei nicht im Zimmer gewesen, als der verzweifelte Vater hineingekürrt kam. Frau Ladewig habe dann zugefanden, dem Rinde Wasser gegeben zu haben, ohne Wissen der Eltern. Nach dem Trunk habe sich das Rind erbrochen und sei in Todeskrämpfe verfallen. Der geltende Schrei des Kindes habe den Plan der Frau Ladewig verborben. Es sei gleichgültig, ob eine „Angstung“ des Kindes stattgefunden hat oder nicht. Die übliche Dohs, das sei die Meinung des Gerichts, sei dem Rinde in jener Nacht und zu jener Zeit gegeben worden. Das Gericht ist überzeugt, daß Frau Biehm

aus verbrecherischer Neigung zur Mörderin wurde, in bewußtem Zusammenwirken mit ihrer Mutter. Auch das Gift des Kindes habe eine verhängnisvolle Rolle gespielt als Motiv für das grauige Verbrechen. Fahrlässigkeit schreibe nach Meinung des Gerichts völlig aus. Auch sei vom Gericht die Überlegung zur Tat seitens beider Frauen befaßt worden. Darum seien auch beide, Mutter und Tochter, des Mordes schuldig zu sprechen. Das Gericht habe dieses Todesurteil gefällt, nicht der Strafe zuliebe, sondern um eine teuflische Handlung zu sühnen, ein Verbrechen, das einzigartig dastehe. Das Schwurgericht habe einstimmig beschlossen,

ein Gnabengesuch für Frau Ladewig zu befürworten, da sie zwar eine gemeine Verbrecherin sei, aber aus einer falsch verstandenen Mutterliebe gehandelt habe. Nach Verlesung der Urteilsbegründung fragte der Vorsitzende die Angeklagten, ob sie noch etwas zu sagen hätten. Frau Biehm, die ganz ungerührt blieb, stand auf und sagte energisch: „Ich lege Revision ein.“ Worauf der Vorsitzende ihr zurief: „Ich hätte eigentlich eine andere Antwort erwartet.“ Frau Ladewig äußerte nur: „Ich kann jetzt nichts sagen!“

Schlepptau nehmen und mich in einige Sündenpfuhle führen!“

„Bedauere, Dieß, doch ich bin schon für den Abend engagiert!“

„So? Häßst du dir, daß du für deine alten Freunde nicht mal Zeit hast. Also dann morgen?“

„Ja, gewiß! Morgen geht es. Wo wohnst du?“

„Ich wohne im Lindenhof. Eigentlich wollte ich nach Berlin, aber meine Mutter hat mich zunächst einmal in diese Gegend hier geschickt. Ich besuche nämlich von den nächsten Tagen an so ungefähr gegen fünf verwandte Familien. Die Mama will die Fühlung nicht ganz verlieren. Aber mich macht sie nicht dumm, die liebe, alte Dame. Verheiratet will sie mich. Ich soll meine Aunne, die Tise Bodenstedt, nehmen. Na, ich bin nicht so! Ansehen kostet ja nichts. Wenn sie mir gefällt, warum denn nicht!? Einmal muß man doch daran denken, in den Frack zu schlüpfen und eine Familie zu gründen. Wenn es auch noch reichlich Zeit hätte. Jetzt liest einem nur die Mama die Leviten; dann geht aber die Gemahlin auch noch mit auf einem los. Uih je! Na, ich werde mich meiner Haut schon wehren. Sag' mal, wie miesepetrig siehst du denn aus? Ich sehe das jetzt erst, und ich Quatschtopf überfalle dich hier mit Reden, die ebenfogut hätten ungesprochen bleiben können.“

„Entschuldige, Dieß! Ich freue mich sehr, dich wiederzusehen. Du warst von jeder inlande, die Menschen aufzuheitern. Ich werde also doch heute mit dir gehen.“

„Das ist herrlich. Vorhin traf ich Papenburg. Der wollte heute abend in den Klub. Es soll etwas ganz Geheimnisvolles sein. Eine Dame der Gesellschaft soll diesen Klub unterhalten. Na, ich bin neugierig. Wir gehen doch nun mit hin?“

„Weinetwegen! Gegen elf Uhr muß ich aber fort!“

„Herrje, bist du ein Wideltind? Ich staune! Rind, du gefäßt mir gar nicht, siehst direkt unbeholfen aus. Was wußt du denn schon so zeitig in den Federn?“

„Ich habe noch was vor.“

(Fortsetzung folgt.)

Es war alles wieder im alten Fahrwasser.

Aber er hatte immer das Gefühl, daß diese Frau beschenkt werden mußte, daß es einfach seine Pflicht war, sie mit Schmutz zu überhäufen.

So kam es eben, daß er einen Wechsel nach dem anderen ausstellte, wenn sein Geld nicht mehr reichte. Er machte sich auch keine Vorwürfe, denn schließlich war sein Vater doch ein sehr wohlhabender Mann.

Ohne daß er es zuerst wohl so recht bemerkte, forderte Lella jetzt von ihm. Er gab mit vollen Händen. Es gehörte nun einmal zu ihr, daß sie nur in allergrößtem Luxus leben konnte. Und er wußte es ja, daß viele, viele Männer ihn beneideten, daß sie nur darauf warteten, ihr ihr Vermögen zu Füßen legen zu dürfen.

Trotzdem kam ihm einmal der Gedanke:

Wovon lebt Lella eigentlich? Ist sie so vermögend, daß ihr ihre Zinsen gestatten, ein solches Leben zu führen?

Er konnte es nicht ändern. Seit er den angeblichen Bankier bei ihr angetroffen hatte, traute er ihr nicht mehr.

Und dieses Mißtrauen, das mit seiner großen Liebe zu der schönen Frau um die Herrschaft stritt, dieses Mißtrauen rieb ihn auf.

Aber er wußte auch, daß er von ihr nicht loskam, trotzdem ihn Vernunft und Gewissensbisse drängten, sich diesem Leben zu entziehen. Schweigend hatte ihm sein Vater immer wieder Geld gegeben; von den vielen tausenden Wechseln seines Sohnes hatte der Vater keine Ahnung.

Eines Tages war er wieder in die Stadt gefahren.

Am Otterring traf er Dieß Buschenhagen. Der drückte ihm erfreut die Hände.

„Großartig, daß man sich mal trifft. Ich bin schon ganz verbauert zwischen meinen Kobltöpfen und meinen Kartoffeln. Wenn ich damit auch nicht behaupten will, daß ich mich von dahem formiere. Durchaus nicht. Aber ab und zu eine kleine Abwechslung muß der Mensch schon haben. Und — schließlich geht es mir gut, also werde ich ein bißchen was auf dem Plage lassen. Zieh nicht solch verrottes Geschl, mein lieber Forst, du wirst mich ins

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff

Wir führen Wissen.

WILSDRUFF

Wilsdruff

Wilsdruff

Wilsdruff

Wilsdruff

Wilsdruff

Wilsdruff

Wilsdruff

Wilsdruff

Wilsdruff

Wilsdruff

Wilsdruff

Oefftl. Sitzung des Bezirksauschusses.

Eingangs der am Mittwoch vormittag im amts-hauptmann-schaftlichen Dienstgebäude abgehaltenen Sitzung machte Amtshauptmann Schmidt mit der erstmalig an der Sitzung teilnehmenden Regierungsrätin Frau von Flad bekannt. Sodann teilte der Amtshauptmann mit, daß ein Antrag vorliege, in dem schärfster Protest erhoben wird gegen die Herabsetzung der Fürsorgegelder und der Bezirksaus-schuss veranlassen soll, daß seitens der Regierung und der Kreis-hauptmannschaft die Herabsetzung rückgängig gemacht wird und die Höhe in früherer Höhe bezahlt werden. Bürgermeister Wiskner ersucht den Antrag, der von allen Mitgliedern des Ausschusses unterzeichnet ist, zum Beschluß zu erheben.

Amtshauptmann Schmidt erklärt dazu, daß, nachdem der Bezirksauschuss zugestimmt habe, er erklären könne, daß der Bezirk an der Herabsetzung keine Schuld trage. Die Amtshauptmannschaft bezweifle den Antrag, da der Bezirk von Land und Reich abhängig, von denen im verflochtenen Jahre 1932 502 Mark zur Auszahlung der Unterstufen gewährt worden seien. Der Bezirk sei aus eigenen Mitteln nicht in der Lage, die alten Höhe zu zahlen. Es bleibt also damit bei dem Beschluß, Protest bei der Kreis-hauptmannschaft gegen die Herabsetzung der Fürsorgegelder zu erheben.

Der Haushaltsplan

liegt sodann zur Beschlußfassung vor. Der Plan weist dem Vorjahre gegenüber nicht unerhebliche Einsparungen auf, er gleicht sich mit 1971 476 Mark aus bei einer Bezirksumlage von 489 054 Mark, die also um über 100 000 Mark niedriger ist als im Vorjahre. Der Plan ist eingehend im Finanz-ausschuss vorbereitet. So daß der Ausschuss auf Einzelberatung verzichtet und Bürgermeister Wiskner empfiehlt, den Plan dem Bezirksrat zur Genehmigung vorzuschlagen. Die Annahme des Planes wird darauf beschloffen.

Amtshauptmann Schmidt gibt dann die Belegungsstärke des Wittinstituts bekannt; es sind untergebracht 179 Frauen, 129 Männer, 60 Kinder im Kinderheim, 43 im Jugendheim, 411 insgesamt.

Wegebauhilfen.

Erforderlich ist eine Summe von 280 000 Mark. Die Zuschüsse sind nicht wie sonst verteilt worden in einer Höhe von 50% der erforderlichen Summen der Gemeinden, sondern je nach dem Grade der Bedürftigkeit der Gemeinden, ferner wurde berücksichtigt, inwieweit die Gemeinden ihre Steuerquellen aus-schöpfen. Gegeben wurden 60 bis 80% der erforderlichen Summen, weil die Gemeinden mit 50% vielfach nicht in der Lage sind, die vorgesehene Wegbesserungen in Angriff zu nehmen. Bei einzelnen Gemeinden soll noch Nachprüfung erfolgen, inwieweit ihre Stellungnahme zutrifft, daß die zugeteilten Mittel nicht ausreichen.

Auflösung des Jugendheims.

Die Tagesordnung verzeichnet Auflösung des dem Verpflegheim Wittinstituts in Coswig angegliederten Jugendheims. Amtshauptmann Schmidt macht hierzu ausführlichere Mitteilungen. Von 75 Pflinglingen anfangs ging die Zahl auf 40 am 1. April 1932 zurück. Kinder zur Beobachtung waren nur 9 gegenwärtig vorhanden. Da keine Aussicht auf Steigerung dieser Belegungszahl besteht und fast alle Bezirksfürsorgever-bände ihre Kinder untergebracht haben, würde die weitere Auf-erhaltung des Heims einen ständigen Zuschuß erfordern, der angesichts der gegenwärtigen Notlage nicht zu verantworten wäre. Der Heimausschuss hat daher beschloffen, die Stel-lungstelle des Jugendheims am 1. Juli zu schließen. Die noch vorhandenen Kinder werden nach Brünnsdorf übergeführt, wo die Erziehungsstelle vom Staat weiter aufrechterhalten wird. Die Frage, was geschieht nun mit dem Haus, wurde vom Amtshauptmann dahin beantwortet, daß die Räume zur Unterbringung für Alte und Sieche in Ver-

wendung genommen werden. Das Wittinstit ist in dieser Hinsicht überbelegt. Weitere Anmeldungen liegen vor. Das freigebliebene Haus kann mit 70 Betten belegt werden. Das Wittinstit ist stark bevorzugt infolge seiner landschaftlich schönen Lage. Zustatten kommt ihm die Nähe der Großstadt Dresden. Von den Anfassern aber wird angenehm empfunden die Möglichkeit, daß sie Sonntags mit ihren Angehörigen die Zeit nach ihrem Ermessen verbringen können. Man werde auch einen Teil Selbsthabler unterbringen können, darunter auch Ehepaare. Ferner hoffe man schon lang bestehenden Wünschen mancher Anfassern insofern Rechnung tragen zu können, daß man die Anfassern nach gesundheitlichen Gesichtspunkten etwas mehr wird auseinanderrhalten können, namentlich was geistige Beschaffenheit anbelangt.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Genossenschaft — Obfzentrale.

Die Errichtung einer Genossenschaft (e. G. m. b. H.) zum Weiterbetrieb der Obfzentrale des Bezirksverbandes und Beitritt des Bezirksverbandes zur Genossenschaft beschloffen. So-bald den Ausschuss. Der Amtshauptmann bemerkt dazu, daß der von Anfang beabsichtigte Zweck der Förderung des Obfbauwesens erreicht sei und daß die Obfzentrale während der fünf Jahre ihres Bestandes ihren Zweck durchaus erfüllt habe. Von Anfang an sei man mit dem Bezirk der Meinung gewesen, daß man die Sache nur in Gang bringen solle, um sie dann in eine Genossenschaft hinüberzuleiten. Die Genossenschaft sei jetzt gegründet, welche die Obfzentrale übernimmt, die Weiterfüh-rung erfolge in der bisherigen Weise. Die Genossenschaft habe den Bezirksobfbaubeamten Jähnichen in den Vorstand ge-wählt, ebenso das Bezirksauschussmitglied Gutsdellner Herr-mann als Vertreter des Bezirksverbandes. Er (der Amtshauptmann) sei als Vorsitzender des Aufsichtsrates in Vorschlag gebracht. Die Höhe der Anteile sei auf 50 Mark festgelegt, die Gesamtsumme also mit 100 Mark angenommen.

Bürgermeister Keil stellt den Antrag, nach dieser Sachlage möge die Amtshauptmannschaft den Bezirksobfbau-beamten möglichst kurzfristig entlassen, um diese Kosten einzu-sparen. Dazu erklärt der Amtshauptmann, daß sich der Finanz-ausschuss bereits mit dieser Frage beschäftigt habe und zu ge-gebener Zeit Vorschläge machen werde.

Bürgermeister Zimmermann erklärt, daß die Herren, die der Genossenschaft angehören, durchaus Gewähr für eine solide Grundlage bieten. Die Genossenschaftsfrage sei ledig-lich eine Frage der Zeit, und da könne man mit den getrof-fenen Maßnahmen durchaus einverstanden sein.

Zu dem Antrag Keil auf Einsparung des Be-zirksobfbaubeamten erklärt Bezirksrat Dr. Falk mit Recht, daß die Einstellung des Beamten mit der Obfzen-trale des Bezirks durchaus nicht gemein habe. Der Bezirks-obfbaubeamte Jähnichen ist eingestellt worden zu einer Zeit, als an die Obfzentrale des Bezirks noch gar nicht zu denken war. Viele ist vielmehr bei ihrer Gründung dem Bezirksobfbau-beamten zur Förderung der Bestrebungen mit übertragen worden.

Zu dieser Sache darf bemerkt werden, daß es zweifellos eine schwere Schädigung des Obfbauwesens im Bezirk sein würde, wenn diese Fürsorge gerade dem Obfbau entzogen würde. Sachliche Gründe können für diesen Abbau kaum vorliegen, denn selbst Ersparnisrückstellungen wird man nicht anerkennen können, wenn man bedenkt, daß sich die Tätigkeit dieses Beamten durch höhere Steuern über gehobene Einnahmen aus dem Obfbau wirtschaftlich durchaus nicht zum Schaden des Bezirks auswirken.

Bürgermeister Keil zieht seinen Antrag zurück, bis der Finanzausschuss mit entsprechenden Vorschlägen an den Aus-schuss herankommt. Prinzipiell ist man mit den vorgeschlagenen Maßnahmen einverstanden. (Schluß folgt.)

tönnen. Die an der Versammlung beteiligten Bürger-meister stellen fest, daß die Herabsetzung der Unter-stützungssätze auf höhere Anordnung erfolgt ist. Mit allem Nachdruck wenden sie sich gegen eine etwaige weitere soziale Verelendung der Unterstützungsempfänger. Der Staats-regierung ist von der gefassten Entschloßung Kenntnis gegeben worden.

Ferner erhob die Versammlung Einspruch gegen die Auflösung der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde. Nach ernster Prüfung aller Gründe, die wirtschaftlich und finanziell für die Erhaltung dieser Amtshauptmann-schaft sprechen, wurde einstimmig beschloffen, nochmals alle Maßnahmen zu ergreifen, welche die Beibehaltung der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde zum Ziele haben.

Grillenburger Schule wegen Mätern ge-schlossen. Die hiesige Schule mußte wegen umfang-reicher Mäternkrankheiten auf die Dauer von 14 Tagen geschlossen werden.

Dresden. Keine Umgehungsstraße durch die Heide. Aus Mangel an Mitteln wird die geplante Umgehungsstraße durch die Dresdner Heide, die den starken Kraftwagenverkehr von Kurort Weißer Hirsch ab-lenken sollte, nicht gebaut werden.

Dresden. Briefmarkenfälscher. Von der Kriminalpolizei wurden zwei Kaufleute aus Niederbühl und Weindöbitz festgenommen. Beide beschäftigten sich mit der Herstellung falscher Auslandsbriefmarken. Der Vertriebs sollte in Südamerika erfolgen. Zur Veräu-ßerung der Fälschlinge ist es jedoch nicht gekommen.

Dresden. Die Berechnungen im Wohl-fahrtsamt. Einem Bericht über das Verfahren gegen Stadiantmann Lange, den Leiter der Befeidigungsstelle des Wohlfahrtsamtes, ist zu entnehmen, daß gegen Stadt-antmann Lange Anklage wegen Bestechung erhoben worden ist, daß hingegen irgendwelche Veruntreinigungen zum Schaden der Stadt nicht angezeigt sind.

Baun. Einheitsgemeinde Kleinwella. Die beiden Gemeinden Kolonie Kleinwella und Dorf Kleinwella haben sich zu einer Gemeinde unter dem Namen Kleinwella zusammengeschlossen.

Jittau. Erfolgreiche Winterhilfe. Während der Abschlußsitzung der Winterhilfe der Jittauer Bür-gerchaft teilte Bürgermeister Dr. Kolbenburg unter an-derem mit, daß sich der Gesamtbetrag der seit vorigem Herbst eingegangenen Geld- und Sachspenden auf ins-gesamt 90 000 Mark beläuft.

Oberwiesenthal. Geschäftshausbrand. Nachts wurde trotz strömendem Regen der Maßschneiderei und Konfektion von Buschner in Böhmisch-Wiesenthal völlig ein Raub der Flammen. Das ist in diesem Orte seit langer Zeit der vierte Brand.

Penig. Opfer des Hochwassers. Vor kurzer Zeit schwemmte das Hochwasser die Mulde eines Leich-nam in der Nähe der Spinnerei Amerika an. Nunmehr gelang es, den Leuten als den seit dem 4. Januar ver-mißten Rottensführer Reinhold aus Silberstraße bei Jittdau, der an jenem Tage zum Hochwasser gehen wollte, und seit dieser Zeit vermißt wurde, zu ermitteln.

Leipzig. Zweimal angefahren. Ein eigen-artiger Unfall ereignete sich auf dem Hauptbahnhof. Dort wurde ein Streckenarbeiter von einer Lokomotive ange-fahren und auf das Nebengleis geschleudert. Hier fuhr im gleichen Augenblick ein Zug ein, der den Mann umriß und über ihn hinwegfuhr. Der Arbeiter wurde mit er-heblichen Kopfverletzungen und Rippenverletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Schweres Bootunglück bei Zwaan.

Drei Personen ertrunken.

Auf der Mulde, oberhalb des Wehres am Allgemeinde-schacht, ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Als drei Arbeiter aus Zwaan dort in einem Boot mit Vermessungs-arbeiten beschäftigt waren, kenterte aus bisher unbekannter Ursache das Boot. Die Anfassern stürzten ins Wasser und ertranken. Es handelt sich um den verheirateten Wirt Weigel und die ledigen Fritz Kipper und Rudolf Schmidt. Bisher konnten die Leichen noch nicht geborgen werden.

Zwei Straßenbahnunfälle.

Mehrere Verletzte.

Auf der Augustusbrücke in Dresden fuhr nachts ein Pechwagen gegen einen Überleitwagen des Straßenbahnbaus. Der Zusammenstoß erfolgte mit so großer Heftigkeit, daß vier Personen verletzt wurden.

In Meissen stieß im Stadteil Triebitzthal ein Straßenbahnwagen mit einem Motorzug zusammen. Der Anhänger des Lastzuges zertrümmerte den Führerstand der Straßenbahn. Der Führer erlitt eine schwere Kopf-verletzung, einige Fahrgäste wurden durch Glassplitter verletzt.

Ein Mörder wünscht seine Hinrichtung.

Der wegen des Mordes an dem Zigarrenhändler Kriebel vom Dresdner Schwurgericht zum Tode verurteilte landwirtschaftliche Arbeiter Pogacnik aus Dresden, dessen Revision vom Reichsgericht verworfen wurde, hat seinem Verteidiger mitgeteilt, daß er ein Gnabengesuch ablehne und Vollstreckung des Todesurteils wünsche. Ein ähnlicher Fall, daß ein Mörder seine Hinrichtung wünsche, ereig-nete sich vor vielen Jahren bei einem Verhörsungs-mörder Zimmermann, der zum Tode verurteilt worden war und den gleichen Wunsch äußerte. Das Ge-samtministerium hat damals den Mörder gegen seinen Willen begnadigt. Auch bei Pogacnik dürfte nach schärfstem Brauch ebenso verfahren werden.

zu Fuß bis zur Talperre Moller, die man beabsichtigte, fortge-setzt wurde. Nach einigen Rundfahrten auf der Talperre trat man die Rückfahrt über Dippoldiswalde an, auf welcher in Tzaranot noch einmal Halt gemacht wurde. Erst in später Abendstunde kehrten die Reselustigen mit Gesang nach Hause. Die Partie nahm einen guten Verlauf.

Verinskalender.

Militärverein. 11. Juni Versammlung.

Frauenverein Grumbach. 15. Juni Restaurant Günther.

Wetterbericht.

Vorhersage der Sachsischen Landeswetterwarte für den 10. Juni: Meist schwache Winde aus westlichen Richtungen. Allmähliche Bewölkungsabnahme, örtlich Nebel, tagsüber wärmer. Zunächst leichte Niederschläge nicht ausgeschlossen.

Sachsen und Nachbarchaft

Sechzig Bürgermeister protestieren.

Gegen Unterstützungskürzung und Auflösung der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde.

Eine von sechzig Bürgermeistern der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde besuchte Versammlung in Altenberg hat einstimmig folgende Entschloßung gefaßt:

„Die neuerdings erfolgte weitere Herabsetzung der Unterstützungssätze der Wohlfahrtsdienstverlorenen muß als eine außerordentliche Härte für die Unterstützungsempfänger empfunden werden. Die Bürgermeister sind von der wirtschaftlichen Notlage der Wohlfahrtsdienstverlorenen besser als andere Kreise unterrichtet und müssen ihrerseits die Verantwortung ablehnen für die Folgen, welche aus der Verminderung der Unterstützungssätze sich ergeben

RM. 5000
— Preise in bar —
und herrliches Haar!

Eine interessante Aufgabe stellt Ihnen Schwarzkopf in seinem neuen Prospekt „Kopf zerbrochen“! Lassen Sie sich diesen Prospekt kostenlos im Fachgeschäft aushändigen; Preise winken für 5 Minuten Kopferbrechen! — Und gleichzeitig hören Sie Genaueres über „Haarglanz“, die wissenschaftliche Vervollkommnung der Haarpflege: „Haarglanz“ neutralisiert das Haar, erhält es straff, elastisch und

SCHWARZKOPF — HAARPFLEGE

vollkommen durch „Haarglanz“

gesund. Das Haar läßt sich leichter und haltbarer frisieren und erfreut Sie und andere durch seinen wundervollen Glanz! „Haarglanz“ liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfg., grüne Extra-Packung und Extra-Blond mit Schaumbrille 27 Pfg.

Um die öffentlichen Tarife.

Der Wirtschaftsverband Sächsischer Gemeinden tagt. Der Wirtschaftsverband Sächsischer Gemeinden, die Organisation der kommunalen Elektrizitäts- und Gaswerke Sachsens und der sonst an der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft interessierten sächsischen Gemeinden und Zweckverbände, hielt seine diesjährige Mitgliederversammlung in Dresden ab. Die Versammlung beschäftigte sich auf Grund eines eingehenden Berichtes des Vorstandsmitglied des Dresdner Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Direktor Dr. Grün, mit der Frage der Senkung der Werkstarife. Der Vortragende führte aus, die Gas- und Elektrizitätswerke der Gemeinden hätten kein Interesse an hohen Tarifen, sie betrachteten es vielmehr als ihre Aufgabe, durch niedrige und wirtschaftliche Preise den Gas- und Stromabsatz zu fördern.

Die Tarifsenkung sei indessen keine eigene Angelegenheit der Werke, sondern eine Finanzfrage der Gemeinden. Denn sie bringe eine Verringerung der Gemeindecinnahmen und damit einen Fehlbeitrag im Haushalt, der durch andere Belastungen der Gemeindebürger gedeckt werden müsse. In der Aussprache wurde Stellung genommen gegen die völlig gesetz- und vertragswidrigen Zustände, die bei

Abnehmerstreik
eintreten, wie sie in der Oberlausitz — außerhalb des kommunalen Stromversorgungsgebietes — aufgebrochen worden sind und auch auf andere Landesteile übergreifen drohen. Sodann erstattete das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Direktor Dr. Theißig, einen eingehenden Bericht über die Entwicklung der kommunalen Elektrizitäts- und Gaswirtschaft in Sachsen während der letzten zwei Jahre. Er behandelte dabei besonders das Verhältnis der kommunalen Werke zur staatlichen Elektrizitätsversorgung, der Aktiengesellschaft Sächsische Werke, und forderte eine Verunsicherung kommunaler Sachverständiger in den Verwaltungsrat der AStW.

Weiter würdigte er die Bestrebungen der Landesverwaltung Sachsens H. G. und die Ursachen für das stark verlangsamte Fortschreiten ihrer Plannungen. Weiter wandte sich der Vortragende gegen die Bestrebungen, die Inflation und den Geräteverkauf der Elektrizitäts- und Gaswerke zu unterbinden. Dann beschäftigte sich der Redner mit der von der Privatwirtschaft angeforderten Steuerbefreiung der Versorgungsbetriebe

und wies auf die starke Einengung hin, die diese Steuerbefreiungen durch die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes in den letzten Jahren erfahren haben. Zum Schluss behandelte er den notwendigen Ausbau des Revisionswesens der Betriebe zu einer technisch-kaufmännischen Wirtschaftsprüfung und die Einführung der Pflichtprüfung für die kommunalen Betriebe.

Tagungen in Sachsen

Die deutschen Kaffeehausbesitzer in Dresden.
In Dresden hielt der Reichsverband der Kaffeehausbesitzer und verwandter Betriebe seinen 24. Verbandstag ab. In der Hauptversammlung hielt die Hauptrede Reichstagsabgeordneter Dr. Wenzel (Hannover) über das Thema „Entwicklungstendenzen in der deutschen Wirtschaft und ihr Einfluss auf die Gestaltung des Kaffeehausgewerbes“. Syndikus Dr. Drumm (München) wandte sich vor allem gegen die einschränkenden Tendenzen in der Wirtschaft und forderte Befreiung besonders vom Tarif- und Schlichtungszwang. Große Beachtung fand auch der Vortrag, den Syndikus Dr. rer. pol. Herbert Schneefloth (Dresden) über „Das Kaffeehausgewerbe unter der Geißel der Gemeindegrünsteuern“ hielt. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Das in Dresden verammelte deutsche Kaffeehausgewerbe richtet an den Herrn Reichsminister und Reichsfinanzminister die dringende Bitte, die Befreiung der Gemeindegrünsteuern in das Sofortprogramm der Reichsregierung aufzunehmen. Durch die Gemeindegrünsteuern ist das gesamte Gaststättengewerbe und damit das Schließgewerbe für viele andere Berufszweige der völligen Vernichtung preisgegeben worden, deren Folgen unübersehbar sind.“

Börse • Handel • Wirtschaft

Amstliche sächsische Notierungen vom 8. Juni.
Dresden. Im Zusammenhang mit der Kapitalzusammenlegung und der beschleunigten Kapitalrückzahlung waren vor allem Schubert u. Salzer gesucht, die 10,25 Prozent anziehen konnten. Ferner gewannen Gebr. Unger 10, Schifferhof 2,5, Sonntag 3, Strohschiff, Trapp u. Münch je 2, verschiedene andere Werte bis zu 1,5 Prozent. Abgewächst lagen Zwicker, Stangmann um 2 und Dresdner Bauindustrie um 1 Prozent. Stadtsancten und Pfandbriefe blieben bis zu 1 Prozent einprozentig. Deutsche Reichspostscheine zogen 2 Prozent an.
Leipzig. Bei schwacher Tendenz war die Geschäftslage unverändert. Säubert u. Salzer zogen 1,5, Leipziger Feuer, Serie III 5 Markt an. Tagelagen verloren Thüringer Gas und Alkale: je 1,5, Deutsche Eisenhandel 1 und Volppon 2 Prozent. Reichsanleihen liegen etwas. Sonst keine wesentlichen Änderungen.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 9. Juni

Auftrieb: 4 Bullen, 11 Kühe, 808 Kälber, 33 Schafe, 1249 Schweine. Preise: Rinder, Schafe belanglos. Kälber: b) 37 bis 42 (64); c) 31—36 (55); h) 25—30 (50). Schweine: a) 33 bis 37 (49); b) 32—37 (47); c) 35—38 (48); d) 34—35 (48); e) 32—33 (47). Ueberstand: 9 Rinder (davon 3 Bullen, 6 Kühe), außerdem 65 Kälber, 29 Schafe, 158 Schweine. Von dem Auftrieb sind 42 Kälber und 99 Schweine memelländischer Herkunft. Geschäftsgang: Alles schlecht.

Chemischer Produktensbörsen. Weizen Inf. 75 Rg. 260—265 Roggen sächs. 72 Rg. 205—209, Sandroggen 73 Rg. 213—215 Wintergerste 185—190, Hafer 160—168, Weizenmehl 70 Prozent 43,25, Roggenmehl 70 Proz. 31,25, Weizenkleie 10,50, Roggenkleie 10,50, Weizenbrot lose 7,75, Getreidebrot drahtgepreßt 5 Geschäftsgang: Weizen flau, sonstiges rubia.

Amstliche Berliner Notierungen vom 8. Juni.
Börsenbericht. Die Börse war weiter lustlos. Die Kurse bröckelten weiter ab. Ferner verstimmt das anhaltende Desinteressement des Publikums. Tagesgeld war mit 5 1/2 unverändert leicht. Im Verlauf war die Haltung widerstandsfähig. In Privatdiskonten hielt die Nachfrage zu unverändertem Satz von 4 1/2 Prozent an.

Devisenbörsen. Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 15,43 bis 15,47; holl. Gulden 170,78—171,12; Danz. 82,52—82,68; franz. Franc 16,61—16,65; schwed. 82,34—82,50; Belg. 68,79—68,91; Italien 21,61—21,65; schwed. Krone 79,17—79,33; dän. 84,37 bis 84,53; norweg. 76,97—77,13; tschech. 12,46—12,48; österr. Schilling 51,90—52,05; Argentinien 0,94—0,95; Spanien 34,72 bis 34,78.

Produktensbörsen. Das Angebot für prompte Ware ist nicht sonderlich umfangreich. Der Verkauf dennoch schwer. Forderungen und Gebote gehen recht erheblich auseinander. Die Mühlennachfrage hat nachgelassen, weil das Weizengetreide hoch. Weizen allgemein schwach, Roggen im Zeithandel eher fest, Hafer ruhiger.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	8. 6.	7. 6.	8. 6.	7. 6.
Weiz. märk.	259-261	261-263	Weizfl. i. Wn.	10,6-11,1
pommersch.	—	—	Roggenfl. i. Wn.	9,8-10,3
Roggen märk.	192-194	195-197	Veinjoat	—
Braugerste	—	—	Raps	—
Sommergerst.	—	—	Erbsen, Bitt.	17,0-23,0
Wintergerste	172-178	172-178	II. Speiserbsen	21,0-24,0
Hafer märk.	161-165	162-165	Fruttererbsen	15,0-17,0
pommersch.	—	—	Wicken	15,0-17,0
westpreuß.	—	—	Lupine, blaue	10,0-11,0
Weizenmehl	—	—	Lupine, gelbe	14,0-15,5
fr. Vert. br.	—	—	Seradella	—
per 100 kg	—	—	Feinkuchen	10,3-10,4
Inf. Sad	31,7-35,5	32,0-35,7	Erbsenmehl	10,6-10,8
Roggenmehl	—	—	Trockenschül.	8,7
fr. Vert. br.	—	—	Sobafisch	10,1-11,0
per 100 kg	—	—	Kartoffelst.	—
Inf. Sad	25,7-27,7	25,7-27,7		

Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin: für A-Milch für die Zeit vom 10. bis 16. Juni 13,75 Pf., für tiefgefrorene A-Milch 14,25 Pf., für B-Milch 8,50 Pf., für tiefgefrorene B-Milch 9 Pf., für molleremäßig bearbeitete Milch 15,50 Pf. Die A-Milchmenge ist auf 76 Prozent des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.
Verlag und Druck: Buchdruckerei Arthur Schunke, Verlagsgesellschaft: Paul Kumberg.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Köllig, für Anzeigen und Reklamen: A. Römer, sämtlich in Wilsdruff.

Amstliche Verkündigungen

Die Ausgabe von Reichsbezugscheinen für verbilligtes Fleisch an die Wohlfahrtsvereine, Mittellosen, Sozial- und Kleinrentner erfolgt am Freitag, dem 10. Juni 1932 im Wohlfahrtsamt. Es kommen nur laufende Unterhaltungsempfänger mit eigenem Haushalt in Frage.
Stadttrat Wilsdruff, am 8. Juni 1932.

Versteigerungen.

Sonnabend, den 11. Juni 1932, sollen in Wilsdruff öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung veräußert werden 1. vormitags 11 Uhr: 1 Schlachtkammer-einrichtung in Hefe poliert, 1 Käsetisch und 1 Korb; 2. mitags 12 Uhr: 1 Motorrad (Benderer), Sammel-punkt der Bieter zu 1. 10⁰⁰ Uhr, zu 2. 11⁴⁵ Uhr im Anmeldebüro des Amtsgerichts Wilsdruff.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Wilsdruff.

Sächs. Militärverein f. Wilsdruff und Umgegend.

Sonnabend, den 11. Juni, abends 7/9 Uhr Monatsversammlung
Vortrag: Geschichte des Sächs. Vaterlandes Kamerad Diplom-Handelslehrer Engler.
Am zahlreiches Erscheinen bittet der Vorsitz.

Schützenhaus = Lichtspiele Wilsdruff

Kur Freitag, den 10. Juni 1932, abends 8⁰⁰ Uhr bringen wir den tollsten Lustspieltag der Saison

„Pension Schöller“

Hauptrollen: Fritz Schulz — Fritz Kampers — Ernst von Kallen u. v. m.
Eine Bombensitzung, die Ihnen tägliche Stunden bringt.
Diesen alten, aber ewig jungen Schwanz „Pension Schöller“ muß man gesehen und gehört haben. Er ist ein Erlebnis für jeden Besucher.
Ferner: Das beliebte Beiprogramm
Eintrittspreise bedeutend ermäßigt.
Masseneinheitspreis 50 Pfg. Erwerbslose 30 Pfg.

Erste Freitaler Rottschlächtere
mit Kvalbetrieb
Curt Siering
Telephon Freital 151 — Telephon Freital 151
kauft laufend Schlachtpferde
zu höchstem Tagespreis.
Bei Rottschlachtungen mit Transportauto Tag und Nacht zur Stelle.

Neue Matjesheringe neue Kartoffeln Paul Jähns, Torhaus.

Prima billiger

Sohlenauschnitt

bei Bruno Bretschneider, Lederhandlung, Wilsdruff, gegenüber der Kirche.

Größere und kleinere Posten

Zeitungs-Makulatur

gibt billig ab

„Wilsdruffer Tageblatt“

Frisch geräucherte Heringe

Paul Jähns, Torhaus.

Vieh-Kastration!

Bestellungen werden aller 8 Tage erledigt.
Dostal,
Vieh-Kastrierer, Wilsdruff
Dresdner Straße 215.

Vereins-Drucksachen

Festsprogramme
Festschriften
Eintrittskarten
Mitgliedskarten
Satzungen
Quittungskarten
Briefbogen
und -Umschläge

liefert schnell und in moderner Ausführung

Buchdruckerei

Arthur Zichunke

Kochen Sie MAGGI'S Suppen
Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld
— 32 Sorten —
Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

Ihre Gesundheit hängt von gesunden Zähnen ab
Kostenlose Beratung bei Dentist Ernst Hartmann, Wilsdruff
Freiberger Str. 103 (Stadt Dresden), Fernruf 44. Sprechstunden: Werktags 9—12 und 1—6, Sonntags 9—12 — Behandlung aller Krankenkassenmitglieder

zu extra billigen Preisen

Matjesheringe	Stück nur 14	6% Rabatt!
Vollheringe	10 Stück nur 45	6% Rabatt!
Sardellen	1/4 „ nur 30	
Sauerkraut	1 „ nur 12	
Leinöl	1/4 „ nur 15	
Fleischsalat	1/4 „ nur 20	
Heringssalat	1/4 „ nur 18	
Majonnaise	1/4 „ nur 20	
Leberwurst	1/4 „ nur 12	
Camembert	3 Stück nur 25	
Margarine	1 „ nur 30	
Brot	4 „ nur 52	

Ausserdem Fein- und Kernseifen
6% Rabatt! Persil, Henko, Iml, Ata u. sämtl. Markenartikel 6% Rabatt!

Thams & Garfs
Wilsdruff Markt 100